



Kreisverband
Hildesheim

Kommunalwahlprogramm für den Landkreis Hildesheim 2026



Liebe Mitbürger im Landkreis Hildesheim,

Der Landkreis Hildesheim ist eine Region mit Geschichte, Charakter und vielen engagierten Bürgern. Die Städte in unserem Landkreis stehen vor wichtigen Aufgaben. Viele Menschen wünschen sich funktionierende Kommunen, sichere öffentliche Räume, verlässliche Infrastruktur und bezahlbaren Wohnraum.

Dieses Wahlprogramm versteht sich als Grundlage für kommunalpolitische Schwerpunkte und konkrete Vorhaben im Landkreis Hildesheim. Es bündelt Themen, die viele Bürger im Alltag unmittelbar betreffen, und soll Orientierung für die kommenden Jahre geben.

Unser Ziel ist es, Verantwortung für die Entwicklung vor Ort zu übernehmen und kommunale Politik nachvollziehbar, sachlich und bürgernah zu gestalten.

Bei der Kommunalwahl am 13. September 2026 entscheiden Sie über die Zusammensetzung der kommunalen Gremien im Landkreis Hildesheim. Mit Ihrer Stimme bestimmen Sie mit, welche Themen künftig besondere Priorität erhalten sollen.

Auf den folgenden Seiten finden Sie die zentralen Schwerpunkte dieses Programms.

AfD Kreisverband Hildesheim

Inhaltsverzeichnis

- 1 **Sicherheit und Ordnung** – Null-Toleranz gegenüber Gewalt
- 2 **Finanzen und Verwaltung** – Steuergeld schützen statt Belastungen ausweiten
- 3 **Infrastruktur und Verkehr** – Straßen erhalten statt Symbolpolitik betreiben
- 4 **Bildung und Schulen** – sichere Schulen und verlässlicher Unterricht statt ideologischer Experimente
- 5 **Familie und Jugend** – Familien stärken statt staatlicher Fehlentwicklungen ausweiten
- 6 **Wirtschaft und Mittelstand** – Leistung ermöglichen statt Betriebe behindern
- 7 **Landwirtschaft und ländlicher Raum** – Heimat bewahren statt Landschaft zerstören
- 8 **Gesundheit und Pflege** – Versorgung sichern statt Rückzug aus der Fläche
- 9 **Soziales und Jugendhilfe** – Hilfe leisten, Fehlentwicklungen stoppen
- 10 **Demokratie und Selbstverwaltung** – Bürger stärker beteiligen und direkte Demokratie ausbauen
- 11 **Energie und Umwelt** – Vernunft statt Ideologie, Eigentum schützen statt Zwang ausweiten
- 12 **Zuwanderung und Integration** – Belastungsgrenzen konsequent anerkennen
- 13 **Schlusswort** – Verantwortung übernehmen statt Probleme verwalten

1. Sicherheit und Ordnung – Null-Toleranz gegenüber Gewalt

Die Sicherheit der Bürger muss im gesamten Landkreis Hildesheim oberste Priorität haben. Öffentliche Plätze, Bahnhöfe, Schulwege und Ortszentren – insbesondere in Städten wie Hildesheim, Alfeld, Sarstedt oder Elze – dürfen nicht zu Angsträumen werden. Vermüllung, Vandalismus und zunehmende Respektlosigkeit gegenüber öffentlichem Eigentum sind nicht hinnehmbar und müssen konsequent geahndet werden.

Messerangriffe mit tödlichem Ausgang, wie sie auch in Sarstedt stattgefunden haben, zeigen deutlich, dass die Sicherheitslage nicht beschönigt werden darf. Der Schutz der Bürger hat oberste Priorität. Wer Gewalt ausübt, muss konsequent verfolgt und sanktioniert werden. Wegsehen und Verharmlosen dürfen nicht länger Teil kommunaler Realität sein. Besonders bei wiederholten Gewaltdelikten müssen alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um weitere Straftaten zu verhindern. Intensivtäter dürfen nicht durch fehlende Konsequenzen ermutigt werden.

Auch Gewalt an Schulen darf nicht toleriert werden. Schulen müssen sichere Orte für Schüler und Lehrkräfte sein. Bedrohungen, körperliche Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber Lehrkräften müssen klare Konsequenzen haben. Der Landkreis muss gemeinsam mit Schulen, Polizei und Jugendhilfe verbindliche Maßnahmen zur Gewaltprävention und schnellen Intervention umsetzen. Null-Toleranz gegenüber Gewalt muss auch im schulischen Umfeld gelten.

Wir setzen uns für eine deutlich stärkere Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes ein. Regelverstöße dürfen nicht folgenlos bleiben. Wer öffentliche Ordnung missachtet, muss konsequent zur Verantwortung gezogen werden. Sicherheit entsteht durch sichtbare Präsenz und konsequentes Handeln.

Der kommunale Ordnungsdienst muss personell deutlich aufgestockt und regelmäßig an bekannten Problemorten eingesetzt werden. Dazu zählen insbesondere Bahnhöfe, Schulumfelder und öffentliche Plätze mit wiederkehrenden Störungen. Wo rechtlich möglich, soll auch der Einsatz moderner Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten geprüft werden.

Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit unserer Bevölkerung. Investitionen in Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz sind Pflichtaufgaben und haben Vorrang vor freiwilligen Prestigeprojekten und ideologisch motivierten Maßnahmen.

2. Finanzen und Verwaltung – Steuergeld schützen statt Belastungen ausweiten

Der Landkreis Hildesheim steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Besonders die stark steigenden Ausgaben im Bereich Soziales und Migration belasten den Kreishaushalt zunehmend. Diese Entwicklung darf nicht länger als unvermeidbar hingenommen werden. Der Landkreis muss klare Prioritäten setzen: Pflichtaufgaben und Leistungen für die eigene Bevölkerung haben Vorrang vor freiwilligen Prestigeprojekten und ideologisch motivierten Ausgaben.

Wir setzen uns für eine konsequente Haushaltsdisziplin ein. Jeder Euro aus dem Kreishaushalt stammt aus der Leistung der Bürger und muss verantwortungsvoll eingesetzt werden. Verschwendung, ineffiziente Projekte und unnötige Verwaltungsaufblähung dürfen nicht länger akzeptiert werden. Der Landkreis muss regelmäßig prüfen, wo Einsparungen möglich sind und welche Ausgaben tatsächlich notwendig sind. Dazu gehört auch eine regelmäßige Überprüfung von Personalstellen und Verwaltungsstrukturen. Neue Stellen dürfen nur geschaffen werden, wenn deren Notwendigkeit eindeutig nachgewiesen ist.

Besonders im Bereich der Sozial- und Integrationskosten ist eine vollständige Transparenz erforderlich. Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, welche finanziellen Belastungen durch Migration entstehen und welche Auswirkungen diese auf andere Aufgabenbereiche haben. Wenn Mittel für Infrastruktur, Schulen oder Sicherheit fehlen, muss offen benannt werden, welche Ursachen dafür verantwortlich sind.

Wir fordern eine jährliche, öffentlich zugängliche Kostenübersicht über sämtliche Ausgaben im Zusammenhang mit Migration, Integration und Unterbringung. Diese Zahlen müssen für die Bürger verständlich aufbereitet und regelmäßig veröffentlicht werden.

Die Kreisverwaltung muss effizient, schnell und bürgernah arbeiten. Lange Bearbeitungszeiten, komplizierte Verfahren und unnötige Bürokratie belasten Bürger und Unternehmen gleichermaßen. Verwaltung darf kein Selbstzweck sein, sondern muss als Dienstleister für die Bürger verstanden werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass finanzielle Entscheidungen im Landkreis Hildesheim wieder stärker an Vernunft, Wirtschaftlichkeit und Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern ausgerichtet werden.

3. Infrastruktur und Verkehr – Straßen erhalten statt Symbolpolitik betreiben

Viele Kreisstraßen und Brücken im Landkreis Hildesheim befinden sich seit Jahren in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Schlaglöcher, beschädigte Fahrbahnen und aufgeschobene Instandhaltungen sind für viele Bürger tägliche Realität. Diese Entwicklung ist das Ergebnis falscher Prioritäten. Statt immer neue Projekte zu planen, müssen vorhandene Straßen und Bauwerke endlich konsequent instandgesetzt werden.

Der Erhalt bestehender Infrastruktur hat Vorrang vor kostspieligen Prestigeprojekten und ideologisch motivierter Verkehrspolitik. Eine Politik, die das Auto bewusst verdrängen oder verteuern will, lehnen wir entschieden ab.

Besonders im ländlichen Raum sind funktionierende Verkehrsverbindungen unverzichtbar. Städte und Gemeinden sind auf verlässliche Straßenverbindungen angewiesen. Wer den ländlichen Raum stärken will, muss zuerst seine Infrastruktur sichern.

Eine Politik, die den Individualverkehr systematisch einschränkt, gefährdet Arbeitsplätze, Mobilität und Lebensqualität. Der motorisierte Individualverkehr bleibt auch künftig das Rückgrat der Mobilität im Landkreis Hildesheim.

Auch der zunehmende Pendlerverkehr in Richtung Hildesheim und Hannover führt regelmäßig zu Belastungen auf wichtigen Verkehrsachsen. Viele Bürger sind auf das Auto angewiesen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Verkehrspolitik muss sich an der Realität der Menschen orientieren und nicht an theoretischen Konzepten.

Die seit Jahren diskutierte dritte Autobahnzufahrt zur A7 ist für die wirtschaftliche Entwicklung des nördlichen Kreisgebiets von zentraler Bedeutung und muss zügig umgesetzt werden.

Die Straßenbahnanbindung nach Sarstedt muss erhalten bleiben und eine Wiederbelebung der Bahnstrecke Hildesheim-Derneburg-Bockenem ist voranzutreiben.

4. Bildung und Schulen – sichere Schulen und verlässlicher Unterricht statt ideologischer Experimente

Der Landkreis Hildesheim trägt als Schulträger eine zentrale Verantwortung für sichere, funktionierende und leistungsfähige Schulen. Viele Schulgebäude im Kreisgebiet weisen weiterhin erheblichen Sanierungsbedarf auf. Marode Gebäude, unzureichende Ausstattung und aufgeschobene Instandhaltungen dürfen nicht länger hingenommen werden. Der Erhalt und die Modernisierung bestehender Schulen müssen Vorrang vor kostspieligen Modellprojekten und Prestigevorhaben haben. Sanierungen müssen verbindlich geplant und zügig umgesetzt werden. Schulen dürfen nicht über Jahre hinweg auf notwendige Reparaturen warten.

Auch die berufsbildenden Schulen im Landkreis Hildesheim verdienen besondere Aufmerksamkeit. Mehrere Standorte befinden sich in einem baulich unzureichenden Zustand und entsprechen nicht mehr den Anforderungen moderner beruflicher Ausbildung. Gleichzeitig verschärft sich der Fachkräftemangel in vielen Branchen. Statt weiterer Flickschusterei braucht es eine langfristige Perspektive für die berufliche Bildung. Wir setzen uns dafür ein, die Zusammenführung der berufsbildenden Schulen in einem modernen „Campus Berufliche Bildung“ nach dem Vorbild regionaler Kompetenzzentren ernsthaft zu prüfen. Ziel muss eine zeitgemäße Ausstattung, eine bessere Nutzung von Ressourcen und eine Stärkung der beruflichen Ausbildung im Landkreis Hildesheim sein.

Schulen müssen sichere Orte für Schüler und Lehrkräfte sein. Gewalt, Bedrohungen und Respektlosigkeit dürfen nicht toleriert werden und müssen konsequent bekämpft werden. Der Landkreis muss gemeinsam mit Schulen, Polizei und Jugendhilfe verbindliche Maßnahmen zur Gewaltprävention und schnellen Intervention umsetzen. Null-Toleranz gegenüber Gewalt muss auch im schulischen Alltag gelten.

Digitale Ausstattung kann den Unterricht sinnvoll unterstützen, darf aber kein Selbstzweck sein. Teure Technik ohne nachhaltige Wartung oder pädagogischen Nutzen belastet den Kreishaushalt und hilft den Schulen nicht. Systemadministratoren an den Schulen müssen die Regel und nicht die Ausnahme sein.

Bildung muss sich an Wissen, Leistung und Verlässlichkeit orientieren und darf nicht durch ideologische Experimente oder ständig wechselnde Konzepte überfrachtet werden. Das Leistungsprinzip muss wieder stärker in den Mittelpunkt schulischer Bildung rücken. Gute Leistungen müssen anerkannt und gefördert werden.

Ein besonderes Problem stellt der Schulbus- und Bahnverkehr dar. Überfüllte Fahrzeuge, lange Fahrzeiten und unzuverlässige Verbindungen sind für viele Familien tägliche Realität. Der Landkreis muss dafür sorgen, dass ausreichende Kapazitäten vorhanden sind und bestehende Probleme konsequent gelöst werden. Dazu gehört eine regelmäßige Überprüfung von Fahrplänen, eine Anpassung der Kapazitäten an steigende Schülerzahlen sowie eine klare Verantwortung für funktionierende Ersatzlösungen bei Ausfällen. Witterungsbedingte Schulausfälle müssen die absolute Ausnahme sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen im Landkreis Hildesheim wieder stärker Orte des Lernens, der Disziplin und des gegenseitigen Respekts werden. Bildungspolitik muss sich an den Bedürfnissen der Schüler und Lehrkräfte orientieren und darf nicht zum Experimentierfeld politischer Ideologien werden.

5. Familie und Jugend – Familien stärken statt staatliche Fehlentwicklungen ausweiten

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft und verdienen besonderen Schutz und Unterstützung. Der Landkreis Hildesheim trägt eine große Verantwortung für stabile Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen. Politik darf Familien nicht zusätzlich belasten, sondern muss sie gezielt stärken.

Familien müssen bei kommunalen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang erhalten. Politische Maßnahmen sind danach zu bewerten, ob sie Familien stärken oder zusätzlich belasten.

Wir setzen uns dafür ein, dass Familien wieder stärker im Mittelpunkt kommunaler Entscheidungen stehen. Kinder brauchen stabile Verhältnisse, verlässliche Betreuung und sichere Lebensbedingungen. Maßnahmen der Jugendhilfe müssen sich konsequent am Wohl der Familien orientieren und dürfen nicht zu einem immer weiter wachsenden Verwaltungssystem werden. Steigende Fallzahlen in der Jugendhilfe müssen kritisch hinterfragt werden. Ziel muss es sein, Ursachen zu erkennen und Familien zu stabilisieren, statt dauerhaft immer neue Maßnahmen aufzubauen.

Frühzeitige Hilfen müssen gezielt eingesetzt werden, um Probleme rechtzeitig zu lösen. Gleichzeitig dürfen dauerhaft steigende Fallzahlen nicht als unvermeidbar hingenommen werden. Ziel muss es sein, Familien zu stabilisieren und Eigenverantwortung zu stärken, statt immer neue kostenintensive Maßnahmen aufzubauen.

Vereine, Jugendgruppen und ehrenamtliche Initiativen leisten im Landkreis Hildesheim einen unverzichtbaren Beitrag für die Entwicklung junger

Menschen. Sportvereine, Jugendfeuerwehren und ehrenamtliche Angebote vermitteln Werte wie Verantwortung, Disziplin und Gemeinschaftssinn. Dieses Engagement verdient mehr Unterstützung und weniger bürokratische Hürden.

Kinder und Jugendliche brauchen klare Regeln, Orientierung und verlässliche Strukturen. Respekt gegenüber Mitmenschen, Lehrkräften und Einsatzkräften muss selbstverständlich sein. Der Landkreis muss Rahmenbedingungen schaffen, die ein sicheres und verantwortungsvolles Aufwachsen ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Familien im Landkreis Hildesheim wieder stärker unterstützt werden und staatliche Maßnahmen sich an Vernunft, Verantwortung und langfristiger Stabilität orientieren. Staatliche Unterstützung muss Hilfe zur Selbsthilfe bleiben und darf nicht zu dauerhaften Abhängigkeiten führen.

6. Wirtschaft und Mittelstand – Leistung ermöglichen statt Betriebe behindern

Der Landkreis Hildesheim lebt von seinen mittelständischen Betrieben, Handwerksunternehmen und regionalen Arbeitgebern. Sie sichern Arbeitsplätze, schaffen Ausbildungsplätze und tragen maßgeblich zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben bei. Ohne eine starke regionale Wirtschaft sind stabile Finanzen, funktionierende Infrastruktur und soziale Sicherheit nicht möglich.

Große Arbeitgeber wie die Robert Bosch GmbH stehen exemplarisch für die Bedeutung industrieller Arbeitsplätze im Landkreis Hildesheim. Die aktuellen Herausforderungen in der Automobil- und Zulieferindustrie zeigen, wie wichtig verlässliche wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen sind. Der Landkreis muss alles daran setzen, bestehende Industriearbeitsplätze zu sichern und neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

Viele Unternehmen im Landkreis sehen sich jedoch zunehmend mit bürokratischen Hürden, langen Genehmigungsverfahren und immer neuen Auflagen konfrontiert. Überlange Bearbeitungszeiten verzögern Investitionen und gefährden Arbeitsplätze. Verwaltung darf wirtschaftliche Entwicklung nicht behindern, sondern muss sie ermöglichen.

Wir setzen uns für eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung ein, die Verfahren beschleunigt und klare Entscheidungen trifft. Unternehmen müssen sich im Landkreis ansiedeln und erweitern können, ohne durch unnötige Hindernisse ausgebremst zu werden. Wer investieren will, braucht Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen.

Auch die Bereitstellung ausreichender Gewerbeflächen ist entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis Hildesheim. Betriebe dürfen nicht gezwungen sein, in andere Regionen abzuwandern, weil vor Ort keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen.

Der Bedarf an neuen Gewerbeflächen ist im Landkreis Hildesheim deutlich erkennbar. Projekte wie die geplante Erschließung neuer Gewerbeflächen nördlich des Flugplatzes in Hildesheim zeigen, dass Unternehmen wachsen wollen und dafür geeignete Flächen benötigen. Beispiele wie die Entwicklung des Industriegebiets Gronau-West verdeutlichen, dass Kommunen durch eine vorausschauende Bauleitplanung aktiv zusätzliche Flächen bereitstellen und betriebliche Entwicklung unterstützen können.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Norden des Landkreises hängt zudem maßgeblich von einer verbesserten Verkehrsanbindung ab. Die seit Jahren diskutierte dritte Autobahnzufahrt zur A7 ist für die Erschließung neuer Gewerbeflächen von zentraler Bedeutung. Ohne eine leistungsfähige Anbindung können vorhandene Flächen nur eingeschränkt genutzt werden und neue Arbeitsplätze entstehen langsamer. Planung und Umsetzung dieser wichtigen Infrastrukturmaßnahme müssen daher beschleunigt werden.

Handwerk und Mittelstand verdienen besondere Unterstützung. Sie sind Rückgrat unserer regionalen Wirtschaft und sichern die Versorgung vor Ort. Wer den Mittelstand stärkt, stärkt Ausbildung, Beschäftigung und Wohlstand im gesamten Landkreis. Besonders die duale Ausbildung im Handwerk und in der Industrie muss gestärkt werden. Ausbildungsbetriebe verdienen gezielte Unterstützung und Planungssicherheit.

7. Landwirtschaft und ländlicher Raum – Heimat bewahren statt Landschaft zerstören

Der Landkreis Hildesheim ist in weiten Teilen ländlich geprägt. Landwirtschaftliche Betriebe sichern Versorgung, Arbeitsplätze und den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Diese Strukturen dürfen nicht durch übermäßige Bürokratie, Flächenverluste oder ideologisch motivierte Vorgaben gefährdet werden.

Landwirtschaftliche Nutzflächen müssen konsequent geschützt werden. Eine zunehmende Versiegelung von Flächen durch immer neue Bau- und Infrastrukturprojekte darf nicht zum Normalzustand werden. Entscheidungen müssen die Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe und der ländlichen Bevölkerung stärker berücksichtigen.

Der ländliche Raum darf gegenüber städtischen Zentren nicht benachteiligt werden. Gute Verkehrsverbindungen, stabile Infrastruktur und eine verlässliche Versorgung sind Voraussetzung dafür, dass Menschen auch künftig in Gemeinden wie Sibbesse, Lamspringe, Freden, Schellerten oder Holle leben und arbeiten können. Wer den ländlichen Raum vernachlässigt, gefährdet die Zukunft ganzer Regionen.

Besonders kritisch sehen wir den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen im Landkreis Hildesheim. Immer neue Windkraftprojekte führen zu massiven Eingriffen in Natur und Landschaft, belasten Anwohner durch Lärm und beeinträchtigen das Landschaftsbild nachhaltig. Der Schutz unserer Kulturlandschaft und die Lebensqualität der Bürger müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen einzelner Investoren haben.

Wir setzen uns daher klar gegen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen im Landkreis Hildesheim ein. Bestehende Belastungen für Bürger und Natur dürfen nicht weiter verschärft werden. Entscheidungen über neue Standorte müssen sich am Schutz von Mensch, Natur und Landschaft orientieren und dürfen nicht gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchgesetzt werden. Besonders kritisch sehen wir Projekte, bei denen hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen sowie Waldflächen für den Bau von Windkraftanlagen in Anspruch genommen werden. Ein aktuelles Beispiel ist die geplante Errichtung von Windkraftanlagen im Bereich Ruthe. Dort sollen besonders fruchtbare landwirtschaftliche Flächen genutzt werden, obwohl Teile dieser Flächen ursprünglich auch für die Entwicklung eines Wohngebietes vorgesehen waren. Gerade auf hochwertigen Böden muss die landwirtschaftliche Nutzung Vorrang haben. Der Schutz wertvoller Ackerflächen ist Voraussetzung für regionale Versorgungssicherheit und den Erhalt unserer Kulturlandschaft.

Landwirtschaftliche Betriebe verdienen Planungssicherheit und faire Rahmenbedingungen. Wer unsere regionale Landwirtschaft stärkt, stärkt auch Versorgungssicherheit, Arbeitsplätze und die Identität des ländlichen Raums.

8. Gesundheit und Pflege – Versorgung sichern statt Rückzug aus der Fläche

Eine verlässliche medizinische Versorgung gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Daseinsvorsorge. Im Landkreis Hildesheim wird es jedoch für viele Bürger zunehmend schwieriger, zeitnah einen Arzttermin zu erhalten. Besonders im ländlichen Raum, insbesondere im südlichen Kreisgebiet und in Regionen wie dem Leinebergland, verschärft sich der Hausärztemangel zunehmend.

Diese Entwicklung darf nicht länger hingenommen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die medizinische Versorgung im gesamten Landkreis gesichert bleibt. Dazu können kommunale Anreize für die Ansiedlung neuer Praxen sowie die Bereitstellung geeigneter Praxisräume beitragen.

Auch eine adäquate Notfallversorgung muss gewährleistet bleiben. Vorgegebene Eintreffzeiten von Rettungsdiensten müssen im gesamten Landkreis eingehalten werden können. Wer im ländlichen Raum lebt, darf nicht benachteiligt werden. Eine ausreichende Versorgung muss auch künftig gewährleistet sein.

Auch die Situation in der Pflege bereitet vielen Familien große Sorgen. Die Nachfrage nach Pflegeplätzen steigt kontinuierlich, während freie Kapazitäten vielerorts fehlen. Besonders ältere Menschen und ihre Angehörigen sind auf wohnortnahe Pflegeeinrichtungen angewiesen. Lange Wartezeiten oder weite Wege zu Pflegeeinrichtungen sind für viele Familien kaum zumutbar. Der Landkreis muss sich aktiv dafür einsetzen, dass ausreichend Pflegeplätze geschaffen und bestehende Einrichtungen erhalten bleiben.

Pflege darf nicht durch übermäßige Bürokratie behindert werden. Einrichtungen und Pflegekräfte benötigen verlässliche Rahmenbedingungen, damit sie ihre wichtige Arbeit leisten können. Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen muss sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren und darf nicht durch Fehlentscheidungen gefährdet werden.

Die bestehende Krankenhausversorgung im Landkreis Hildesheim stellt derzeit eine wichtige Grundlage für die medizinische Versorgung der Bevölkerung dar. Diese Struktur muss dauerhaft gesichert und weiterentwickelt werden. Eine wohnortnahe stationäre Versorgung ist unverzichtbar, damit Bürger im Notfall schnell Hilfe erhalten. Entscheidungen auf Landes- oder Bundesebene dürfen nicht dazu führen, dass funktionierende Versorgungsstrukturen im ländlichen Raum geschwächt werden.

9. Soziales und Jugendhilfe – Hilfe leisten, Fehlentwicklungen stoppen

Der Bereich Soziales und Jugendhilfe gehört zu den größten Ausgabeposten im Haushalt des Landkreises Hildesheim. Die stetig steigenden Kosten in diesem Bereich belasten den Kreishaushalt zunehmend und engen die finanziellen Spielräume für andere wichtige Aufgaben wie Infrastruktur, Schulen und Sicherheit ein. Diese Entwicklung darf nicht einfach fortgeschrieben werden.

Wir stehen für eine Sozialpolitik, die Hilfe dort leistet, wo sie tatsächlich notwendig ist. Gleichzeitig müssen Fehlentwicklungen konsequent erkannt und beendet werden. Dauerhaft steigende Fallzahlen dürfen nicht als selbstverständlich hingenommen werden. Jeder Einzelfall muss sorgfältig geprüft werden, um Missbrauch zu verhindern und vorhandene Mittel gezielt einzusetzen.

Prävention muss Vorrang vor teuren Dauermaßnahmen haben. Frühzeitige Unterstützung von Familien kann helfen, spätere kostenintensive Maßnahmen zu vermeiden. Ziel muss es sein, Familien zu stabilisieren und Eigenverantwortung zu stärken, statt immer neue Abhängigkeiten von staatlichen Leistungen zu schaffen.

Die Kostenentwicklung im Bereich Jugendhilfe muss transparent gemacht werden. Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wofür Mittel eingesetzt werden und welche Faktoren zu steigenden Ausgaben führen. Eine verantwortungsvolle Sozialpolitik bedeutet, Hilfe zu leisten, aber gleichzeitig die Belastbarkeit des Kreishaushalts dauerhaft im Blick zu behalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass vorhandene Mittel vorrangig den Menschen zugutekommen, die dauerhaft im Landkreis leben und Verantwortung für ihre Familien übernehmen. Soziale Unterstützung darf nicht zu einem unkontrollierten Kostenfaktor werden, sondern muss nachhaltig und zielgerichtet gestaltet werden.

10. Demokratie und Selbstverwaltung – Bürger stärker beteiligen und direkte Demokratie ausbauen

Die kommunale Selbstverwaltung muss sich an den Interessen der Bürger orientieren und nicht an politischen Vorgaben von oben. Entscheidungen im Landkreis Hildesheim müssen nachvollziehbar, transparent und im Sinne der Bevölkerung getroffen werden. Politik darf nicht über die Köpfe der Bürger hinweg erfolgen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Bürger wieder stärker an wichtigen Entscheidungen beteiligt werden. Großprojekte, grundlegende Veränderungen und weitreichende Planungen müssen offen diskutiert werden. Entscheidungen, die das Leben der Menschen im Landkreis dauerhaft beeinflussen, dürfen nicht in kleinen Gremien ohne ausreichende Bürgerbeteiligung getroffen werden.

Ein zentrales Anliegen ist für uns die Stärkung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene. Bürgerentscheide und Bürgerbefragungen müssen erleichtert und häufiger genutzt werden. Die Bürger im Landkreis Hildesheim

sollen bei wichtigen Fragen selbst mitentscheiden können, statt nur alle paar Jahre ihre Stimme abzugeben. Besonders bei großen Infrastrukturprojekten, der Ausweisung neuer Gewerbe- oder Baugebiete sowie bei der Planung von Windkraftanlagen müssen Bürger frühzeitig beteiligt werden.

Wir setzen uns dafür ein, die Hürden für Bürgerbegehren zu senken und Verfahren transparenter zu gestalten. Wenn Bürger Verantwortung übernehmen und sich aktiv einbringen wollen, darf dies nicht durch bürokratische Hindernisse erschwert werden. Direkte Demokratie stärkt das Vertrauen in politische Entscheidungen und erhöht die Akzeptanz kommunaler Maßnahmen.

Auch die Kreisverwaltung muss wieder stärker als Dienstleister für die Bürger verstanden werden. Entscheidungen müssen verständlich begründet und Abläufe nachvollziehbar gestaltet werden. Anträge und Genehmigungen müssen zügig bearbeitet werden. Lange Wartezeiten und unnötig komplizierte Verfahren dürfen nicht zum Normalzustand werden.

Wir stehen für eine kommunale Politik, die sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert und Entscheidungen wieder näher zu den Menschen bringt. Demokratie lebt vom Mitmachen — nicht vom Verwalten.

11. Energie und Umwelt – Vernunft statt Ideologie, Eigentum schützen statt Zwang ausweiten

Der Landkreis Hildesheim ist geprägt von wertvollen Landschaften, landwirtschaftlichen Flächen und gewachsenen Siedlungsstrukturen. Diese Lebensgrundlagen müssen geschützt werden, ohne Bürger und Unternehmen durch ideologisch motivierte Maßnahmen zu überfordern. Umweltpolitik muss sich an Vernunft, Wirtschaftlichkeit und den Interessen der Bevölkerung orientieren.

Steigende Energiepreise belasten Haushalte, Familien und Betriebe zunehmend. Viele Bürger sorgen sich um die Bezahlbarkeit von Strom und Heizung. Entscheidungen im Energiebereich müssen daher wirtschaftlich tragfähig bleiben und dürfen nicht zu weiteren Belastungen für die Bürger führen.

Wir lehnen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen im Landkreis Hildesheim entschieden ab. Neben Eingriffen in Landschaft und Lebensqualität führen solche Projekte häufig zu Konflikten vor Ort und belasten Infrastruktur sowie kommunale Planungen über Jahrzehnte hinweg.

Auch bei der Heizungsversorgung setzen wir auf Vernunft statt Zwang. Wir lehnen es ab, dass funktionierende Heizungen zwangsweise stillgelegt oder ersetzt werden müssen. Niemand darf gezwungen werden, eine funktionierende Heizung außer Betrieb zu nehmen oder teure Umrüstungen vorzunehmen, die wirtschaftlich nicht tragbar sind. Eigentum muss geschützt werden, und Entscheidungen über Heizsysteme müssen bei den Bürgern selbst bleiben.

Die gesetzlich vorgeschriebene Wärmeplanung im Landkreis Hildesheim darf nicht zu versteckten Verpflichtungen für Bürger führen. Entscheidungen über Heizsysteme müssen wirtschaftlich tragfähig bleiben und dürfen Eigentümer nicht überfordern.

Umwelt- und Klimaschutz dürfen nicht zu neuen Belastungen für die Bevölkerung führen. Maßnahmen müssen praktikabel, bezahlbar und technisch sinnvoll sein. Ideologische Vorgaben, die Bürger finanziell überfordern oder die regionale Wirtschaft schwächen, lehnen wir ab.

Wir setzen uns für einen verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Landschaft ein, der Umwelt schützt, aber gleichzeitig Lebensqualität, Eigentum und wirtschaftliche Stabilität bewahrt.

Die direkt beim Landkreis Hildesheim angesiedelte Klimaschutzagentur, deren Nutzen höchst fragwürdig ist, welche aber erhebliche Kosten verursacht, streichen wir ersatzlos. Das frei gewordene Geld kann an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden.

12. Zuwanderung und Integration – Belastungsgrenzen konsequent anerkennen

Die Unterbringung und Versorgung von Migranten stellt den Landkreis Hildesheim seit Jahren vor erhebliche Herausforderungen. Wohnraum, Schulen, Kindergärten und soziale Einrichtungen stoßen vielerorts bereits an ihre Belastungsgrenzen. Diese Realität darf nicht länger verschwiegen oder schöngeredet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Entscheidungen zur Aufnahme weiterer Migranten konsequent an der tatsächlichen Leistungsfähigkeit des Landkreises ausgerichtet werden. Die Interessen der eigenen Bevölkerung müssen dabei Vorrang haben. Wer hier lebt und arbeitet, hat Anspruch auf Sicherheit, bezahlbaren Wohnraum und funktionierende Infrastruktur. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die bestehenden Möglichkeiten zur Mitwirkung für arbeitsfähige Asylsuchende konsequent genutzt werden. Gemeinnützige

Tätigkeiten können dazu beitragen, den Alltag zu strukturieren, Verantwortung zu fördern und die Integration vor Ort zu stärken.

Integration kann nur gelingen, wenn klare Regeln gelten und Verstöße konsequent sanktioniert werden. Wer dauerhaft in unserem Landkreis leben will, muss unsere Sprache lernen, unsere Gesetze respektieren und bereit sein, sich in unsere Gesellschaft einzubringen. Fehlverhalten darf nicht folgenlos bleiben.

Die Kosten für Unterbringung, Versorgung und Integration dürfen nicht weiter unkontrolliert steigen. Der Landkreis muss transparent offenlegen, welche finanziellen Belastungen tatsächlich entstehen und welche Auswirkungen dies auf andere Aufgabenbereiche hat. Leistungen für die eigene Bevölkerung dürfen nicht zugunsten wachsender Integrationskosten eingeschränkt werden.

Die Nutzung und aufwendige Sanierung von Hotels in zentralen Innenstadtlagen für Unterbringungszwecke lehnen wir grundsätzlich ab. Ein aktuelles Beispiel ist der Umbau des ehemaligen Hotels „Deutsches Haus“ in der Hildesheimer Innenstadt zu einer Unterkunft mit einer Kapazität von über 200 Personen. Solche Maßnahmen verursachen erhebliche Kosten und binden finanzielle Mittel, die an anderer Stelle dringend benötigt werden. Öffentliche Gelder dürfen nicht für dauerhaft kostenintensive Übergangslösungen verwendet werden, während gleichzeitig Investitionen in Infrastruktur, Schulen und Wohnraum fehlen.

13. Schlusswort – Verantwortung übernehmen statt Probleme verwalten

Der Landkreis Hildesheim steht vor großen Herausforderungen. Sicherheit, stabile Finanzen, funktionierende Infrastruktur und eine verlässliche Versorgung sind keine Selbstverständlichkeiten mehr. Viele Bürger erleben im Alltag, dass Probleme wachsen, während Lösungen zu oft verschoben oder verwässert werden.

Wir stehen für eine Politik, die Probleme klar benennt und entschlossen handelt. Sicherheit im öffentlichen Raum, verlässliche Schulen, funktionierende Straßen und eine bezahlbare Energieversorgung sind keine Luxusgüter, sondern grundlegende Voraussetzungen für Lebensqualität und Zukunftssicherheit im Landkreis Hildesheim. Dazu gehören sichere Städte und Gemeinden, leistungsfähige Schulen, eine starke regionale Wirtschaft, der Schutz unserer Landwirtschaft und eine verlässliche medizinische Versorgung.

Unser Ziel ist ein Landkreis, in dem sich die Menschen sicher fühlen, Familien eine Zukunft haben und Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen vorfinden. Der ländliche Raum darf nicht weiter benachteiligt werden. Gemeinden und Ortsteile müssen lebenswert bleiben — für heutige und kommende Generationen.

Wir setzen uns für eine Politik ein, die sich an Vernunft, Verantwortung und den Interessen der eigenen Bevölkerung orientiert. Entscheidungen müssen wieder näher zu den Bürgern gebracht werden. Ideologische Experimente und kostspielige Fehlentwicklungen dürfen nicht länger die Richtung bestimmen. Verantwortung zu übernehmen bedeutet, Entscheidungen zu treffen und Prioritäten zu setzen — auch dann, wenn diese unbequem sind.

Der Landkreis Hildesheim braucht eine Politik mit klaren Prioritäten: Sicherheit stärken, Finanzen ordnen, Infrastruktur erhalten und die Lebensqualität der Bürger sichern.

Wir stehen bereit, Verantwortung zu übernehmen — damit der Landkreis Hildesheim auch morgen sicher, stark und lebenswert bleibt.

Impressum:

Alternative für Deutschland – AfD
Kreisverband Hildesheim

c/o Landesverband Niedersachsen,
Im Großen Ort 14
27801 Dötlingen

Verantwortlich für den Inhalt:
Mario Minkmar (Kreisvorsitzender)
Thorsten Althaus (stellv. Vorsitzender)

Telefon: 0179 3275968
E-Mail: info@afd-hildesheim.de